Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 30.07.2018, S.16

Das Kali-Gutachten soll den Landkreis maximal 20 000 Euro kosten

Verwaltung beantwortet kritische Anfrage / Kanzlei-Experten haben Leitfaden zu rechtlichen Knackpunkten veröffentlicht

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Kreis Hildesheim. Das Fachgutachten zur geplanten Wiederaufnahme des Kaliabbaus bei Giesen soll den Landkreis Hildesheim höchstens 20 000 Euro kosten. Das hat Helfried Basse, Umweltdezernent der Kreisverwaltung, jetzt auf eine Anfrage von Unabhängigen und FDP im Kreistag erklärt. Kritiker hatten der Kreistags-Mehrheit von SPD und CDU, die den Gutachten-Auftrag durchgesetzt hatte, zuvor vorgeworfen, das Ganze werde den Landkreis eine sechsstellige Summe kosten.

Tatsächlich sei eine Obergrenze von 25 000 Euro vereinbart worden, erklärte Basse jetzt. Hinzu komme, dass das „Bündnis Hamelner Erklärung", ein Zusammenschluss zahlreicher Landkreise in Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen, 5000 Euro beisteuere. Auch sei es anders als von Kritikern moniert erlaubt, den Auftrag für das Gutachten an eine ausgewählte Kanzlei zu vergeben, die sich besonders auf das Thema spezialisiert habe, anstatt die Leistung öffentlich auszuschreiben.

Siegfried de Witt

Harriet Kause

Die Kreistags-Mehrheit erhofft sich von dem Gutachten, mit dem die Berliner Kanzlei de Witt beauftragt wird, wichtige Unterstützung bei ihrem weiteren Vorgehen in der Kali-Frage. Konkret geht es um die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von Salzabwasser in die Innerste. Dafür ist das sogenannte Einvernehmen zwischen dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) und dem Landkreis Hildesheim notwendig. Der Kreistag hat die Entscheidung über Haltung des Kreises der Verwaltung entzogen und will sie selbst treffen. Die Expertise der Kanzlei de Witt soll dabei helfen.

Das Berliner Unternehmen hat sich nach eigenen Angaben unter anderem auf Wasser- und Bergrecht spezialisiert und damit auf die beiden Rechtsgebiete, um die es bei einer möglichen Wiederinbetriebnahme des Giesener Bergwerks vor allem geht. Unter anderem, weil der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) bei Giesen eine zweite Halde aufschichten, den bereits bestehenden Kaliberg aber nur langfristig abdecken will. Dem Wunsch von K+S und auch der Kreisverwaltung, die Themen Salzwasser-Einleitung und Kaliberge getrennt zu betrachten, will die Kreistags-Mehrheit nicht nachkommen – weil sie einen engen Zusammenhang sieht.

Die Folgen des Kaliabbaus für die Innerste sollen Gegenstand eines Gutachtens werden. FOTO: GOSSMANN

Die Kanzlei de Witt hat sich in den vergangenen Jahren unter anderem mit Umsiedlungen im Zuge des Braunkohle-Tagebaus, aber auch vielen anderen Bergbau-Themen beschäftigt und begleitet regelmäßig Planfeststellungs- und andere öffentliche Verfahren. Dabei vertritt de Witt je nach Auftrag mal diejenigen, die ein Vorhaben durchsetzen wollen, und mal Betroffene, zum Beispiel Städte und Gemeinden, „bei der Wahrung ihrer Rechte", wie es auf der Homepage des Unternehmens heißt.

Als Wasserrechts-Expertin der aus fünf Rechtsanwälten bestehenden Kanzlei firmiert dabei Harriet Kause. Die wiederum hat zusammen mit Kanzleichef Siegfried de Witt vor zwei Jahren ein regelrechtes Standardwerk zur EU-Wasserrahmenrichtlinie und ihren Auswirkungen auf Industrie- und Bauvorhaben vorgelegt: „Wasserrahmenrichtlinie – Leitfaden für die Vorhabenzulassung". Zu diesem Thema gibt Kause auch Seminare für Branchen-Vertreter.

Ausschuss berät am Donnerstag über Kali

Die mögliche Wiederinbetriebnahme des Kaliwerks Siegfried-Giesen ist Thema in der ersten öffentlichen Sitzung des Kreis-Umweltausschusses nach der Sommerpause. Am Donnerstag, 2. August, geht es dabei vor allem um die Frage, wie der aktuelle Sachstand bei der Grundwasserbelastung – wie berichtet versickert jede Menge Salzabwasser im Grundwasser, obwohl das eigentlich verboten ist, in der Vergangenheit fühlte sich aber keine Behörde für eine mögliche Genehmigung zuständig – und eventuelle Maßnahmen dagegen. Zudem soll ein Kali-Arbeitskreis gebildet werden. Die Sitzung beginnt um 15.30 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Kreishauses, Bischof-Janssen-Straße 31. *abu*